

# Sparen beim Kampf gegen Pädophilie?

In seinem Stabilisierungsprogramm sieht der Bundesrat vor, im Bereich Pädokriminalität Ressourcen abzubauen. Dagegen wehrt sich CVP-Nationalrätin Viola Amherd. Unterstützt wird sie dabei von der SP.

Salome Müller  
Bern

Wenn das Parlament in dieser ersten Sessionswoche über die Bundesfinanzen und das Budget debattiert, stellt sich eine zentrale Frage: Werden die Bürgerlichen, die im Nationalrat die Mehrheit stellen, ihr Spardiktum fortsetzen und weitere Kürzungen beschliessen? Gelegenheit dazu verschafft ihnen in erster Linie das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 des Bundesrats, über das der Nationalrat die nächsten Tage beraten wird.

Ein bisher wenig beachtetes Beispiel zeigt, wie viel Zündstoff in der Vorlage steckt. So ist vorgesehen, dass das Bundesamt für Polizei (Fedpol) «Leistungen abbauen» und den «Personalaufwand um 2,2 Millionen» reduzieren muss, unter anderem in den Bereichen Pädokriminalität und Pornografie. Auf Anfrage erklärt Fedpol-Sprecherin Catherine Maret, dass es bei der Sparmassnahme um Koordinationsstätigkeiten des Bundes mit Strafverfolgungsbehörden im In- und Ausland gehe. «Zwar nimmt das Fedpol den gesetzlichen Auftrag auch künftig wahr. Absehbar ist jedoch, dass Anfragen nicht mehr gleich schnell behandelt werden können und stärker priorisiert werden muss», sagt Maret. Den konkreten Umfang des Abbaus im Bereich Pädokriminalität will das Fedpol nicht beziffern. «Gespart wird auch bei der Bekämpfung von Falschgeld und Betäubungsmitteln», sagt Maret.

«Unvereinbar mit Kinderschutz» Dem Sparcredo ihrer Partei ordnet SVP-Nationalrätin Natalie Rickli (ZH) auch die Massnahme des Fedpol unter. Rickli, eigentlich bekannt für ihren Kampf gegen Pädokriminalität und die Forderung nach härteren Strafen bei Sexualdelikten, sieht in der Personalreduktion denn auch kein Problem, sondern gar einen vorbildlichen Zug. Auf Anfrage sagt sie: «Normalerweise drückt die Verwaltung ja auf die Tränendrüse, wenn sie sparen muss.» Das Beispiel des Fedpol zeige nun aber, dass ein Departement seine Verantwortung übernehme, um den Haushalt zu entlasten.

Nicht hinnehmen kann dies CVP-Nationalrätin Viola Amherd (VS), die nun



Weniger Geld für viele Bereiche - auch für die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Foto: Christof Schürpf (Keystone)

einen Einzelantrag eingereicht hat. Sie verlangt, diese Kürzung ganz zu streichen. Die Absicht der Schweiz, mit «allen Mitteln gegen Verbrechen an Kindern vorzugehen», sei mit dieser Kürzung nicht vereinbar. Die Sparmassnahme beinhaltet gemäss Amherd eine Reduktion von zwölf auf elf Stellen für einen Betrag von 150 000 Franken. «Für die Bekämpfung von Pädokriminalität und Kinderpornografie haben wir sowieso schon zu wenig Ressourcen», sagt Amherd. Und für den Staatshaushalt sei der damit eingesparte Betrag zu klein, um relevant zu sein.

Die SP unterstützt den Einzelantrag Amherd laut SP-Nationalrätin Mattea Meyer (ZH). «Grundsätzlich ist es schlicht nicht möglich, bei zunehmenden

Aufgaben die gleichen Leistungen zu erbringen», sagt Mattea Meyer.

In der kommenden Debatte über das Stabilisierungsprogramm wird der Nationalrat über weitere Sparmassnahmen entscheiden, welche die nationalräthliche Finanzkommission beantragt hat. Diese betreffen vor allem zwei Bereiche: Zum einen soll die Entwicklungshilfe in den Jahren 2018 und 2019 je 100 Millionen Franken weniger erhalten, als dies der Bundesrat vorgesehen hat. Zum anderen soll auch der «Eigenbereich», sprich die Bundesverwaltung, weniger kosten - ebenfalls 100 Millionen Franken pro Jahr. Insgesamt will der Bundesrat bei diesem Posten, zu dem auch die Sparmassnahmen des Fedpol gehören,

150 Millionen Franken weniger ausgeben. Bei der Bildung und in der Landwirtschaft folgt die Finanzkommission dem Ständerat. Dieser hatte im September beschlossen, weniger drastisch zu kürzen, als dies der Bundesrat wollte.

Unter dem Strich will die Kommission die Sparmassnahmen im Jahr 2017 um 136 Millionen Franken auf 660 Millionen reduzieren. Für das Jahr 2018 schlägt sie Reduktionen um 23 Millionen auf 875 Millionen Franken vor. 2019 dagegen will sie 39 Millionen mehr sparen als der Bundesrat, nämlich 1,016 Milliarden Franken.

Nach dem Stabilisierungsprogramm behandelt der Nationalrat bereits am Mittwoch die nächste finanzpolitische Vorlage: das Budget für 2017.

## Bundesfinanzen Weiterhin auf Sparkurs

Der Nationalrat will die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse nicht aufweichen. Mit einer Kommissionsmotion beauftragte er den Bundesrat, eine Anpassung der bisherigen Regeln auf Gesetzesweg auszu-schliessen. Der Entscheid fiel am Montag mit 94 zu 86 Stimmen. Eine Mehrheit aus SVP, FDP und BDP verhalf dem Vorstoss zum Erfolg. Der Bund soll aus ihrer Sicht weiterhin Schulden abbauen. Gegen die Motion sprachen sich die Vertreter von SP, Grünen, GLP und eine Mehrheit der CVP aus. Nach einer Reihe von Jahren mit Überschüssen halten diese eine Lockerung der Schuldenbremse für angemessen. (SDA)

## Bern hadert mit dem Linksrutsch

Mit einem Wähleranteil von gut 61 Prozent holt Rot-Grün vier von fünf Sitzen in der Berner Stadtregierung. Jetzt regt ausgerechnet der Wahlsieger eine Reform an.

Christoph Lenz  
Bern

Konfetti, Glühwein, Gummihähchen: Der Berner Zibelemärit bietet sicher nicht das optimale Umfeld für eine gepflegte Debatte über Politik und Demokratie. Trotzdem gab es gestern an manchen Stehtresen in der Altstadt kaum ein anderes Thema. Nach den Wahlen vom Sonntag gilt die Aufmerksamkeit einerseits dem zweiten Wahlgang für das Stadtpräsidium: Alec von Grafenried (Grüne Freie Liste) hat seine Ambitionen bereits unterstrichen, die Kontrahentinnen Ursula Wyss (SP) und Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) benötigen noch Bedenkenzeit. Andererseits wird in Bern grundsätzliche Kritik am Wahlsystem laut.

Der Grund: Am Sonntagabend erlebte die Bundesstadt einen «unechten» Linksrutsch. Mit 61,8 Prozent der Stimmen (plus 2,8 Prozent) holte das Rot-Grün-Mitte-Bündnis (RGM) vier der fünf Sitze in der Stadtregierung (plus 1). Da der Freisinnige Alexandre Schmidt abgewählt wurde, ist die Rechte, die gut 23 Prozent der Stimmen erzielte, im Gemeinderat nicht länger vertreten.

Nicht nur in Bern fragen sich nun viele: Wie ist ein solches Ergebnis möglich? Und wird hier der Wählerwille noch fair abgebildet?

Die erste Frage ist einfach zu beantworten. Anders als in den meisten Städten der Deutschschweiz wird in Bern die Stadtregierung im Proporz bestimmt. Man wählt also nicht primär Köpfe, sondern Listen. Ursprünglich sollte der Proporz die angemessene Vertretung aller namhaften Lager in der Regierung sicherstellen. In Bern hat sich das System nun aber ins Gegenteil verkehrt. Statt Minderheiten einzubinden, schliesst das Wahlsystem sie aus.

### Wo die Grossen im Vorteil sind

Verantwortlich dafür ist, nebst dem Unvermögen der Bürgerlichen, eine gemeinsame Wahlplattform zu bilden, ein Physiker namens Eduard Hagenbach-Bischoff. Er hat das Verfahren entwickelt, nach welchem in Bern die Sitze verteilt werden. Es bevorzugt grössere Bündnisse und benachteiligt kleinere. Dieser Effekt fällt umso stärker ins Gewicht, je geringer die Zahl der zu vergebenden Sitze ist. Bei den Gemeinderatswahlen ist die Stadt Bern ein Wahlkreis mit fünf Sitzen. Entsprechend stark kann der Volkswille verzerrt werden.

Kniffliger ist die Frage, ob dieses Wahlsystem heutigen Ansprüchen an die Demokratie noch genügt. Das Bundesgericht hat festgehalten, dass die Methode Hagenbach-Bischoff unzulässig ist, wenn bei Parlamentswahlen Wahlkreise mit weniger als neun Sitzen vorliegen. Obwohl dieses Urteil die Stadt Bern nicht betrifft, kam auch hier die Systemdebatte mehrfach auf. Sie blieb allerdings abstrakt, da in der jüngeren Vergangenheit Fälle von offensichtlichen Verzerrungen des Wählerwillens ausblieben. Dies hat sich mit dem Ergebnis vom Sonntag geändert.

Wie aber könnte eine Reform aussehen? Denkbar ist zum einen, dass das diskriminierende Sitzzuverteilungsverfahren durch eine neutrale Methode ersetzt wird. Zum anderen diskutieren Stadtpolitiker einen Übergang vom Proporz zum Majorz, bei welchem primär Personen und nicht Parteien gewählt werden.

Der Berner Wahlsieger Alec von Grafenried (GFL) will die Systemfrage offen zur Sprache bringen. Zwar sei der Proporz im Kanton Bern gut verankert. Zudem hätten auch schon die Bürgerlichen vom System profitiert, etwa als sie 1988 mit 39 Prozent der Stimmen vier von damals



Alec von Grafenried  
Neu gewählter  
Berner Gemeinderat

sieben Gemeinderatssitzen holten. «Unter dem Strich überwiegen für mich derzeit aber die Vorteile des Majorzes», sagt er am Tag nach der Wahl. «Ich möchte einen Vorschlag für einen Systemwechsel ausarbeiten und eine breite Diskussion anstossen.»

Einwenden lässt sich, dass auch das Majorzverfahren keine Gewähr für eine faire Vertretung von Minderheiten bietet. Politologe Georg Lutz illustrierte dies kürzlich anhand der Lausanner Stadtregierung. Dort besetzt die Linke, die rund 60 Prozent der Wähler hinter sich hat, sechs von sieben Sitzen. Bestimmt werden sie im Majorz.

## Ständerat für günstigere Krippen

Die CVP und die Linke verhalten Bundesrat Berset zu einem Etappensieg. Mit zusätzlicher Bundeshilfe soll die Kinderbetreuung verbessert werden.

Markus Brotschi  
Bern

Vor drei Wochen gab CVP-Ständerätin Brigitte Häberli den Ausschlag, dass die vorberatende Kommission dem neuen Impulsprogramm zur Kinderbetreuung eine Abfuhr erteilte. Kommissionspräsidentin Häberli begründete ihr Nein zur 5 Jahre dauernden Finanzhilfe von insgesamt 100 Millionen Franken damit, dass für Tagesschulen und Krippentaxi die Kantone und Gemeinden zuständig seien. Doch Häberli Parteikollegen besannen sich gestern darauf, dass sich die CVP die Familienförderung auf die Fahnen geschrieben hat. Mit den Vertretern von SP, Grünen und BDP verhielten die Christlichdemokraten den Absturz der bundesrätlichen Vorlage.

Diese sieht vor, dass der Bund für günstigere Krippentaxi sorgt und die familienexterne Betreuung besser auf die Bedürfnisse der Eltern abgestimmt werden kann. Von den 100 Millionen sind 85 Millionen dafür vorgesehen, die Tarife zu verbilligen. Die Erwerbstätigen beider Elternteile lohne sich in der Schweiz häufig kaum, sagte Berset. Ein Krippenplatz verschlinge nicht selten ein Fünftel des Familieneinkommens.

Mit den restlichen 15 Millionen sollen sich Kantone und Gemeinden ihr Angebot an Tagesschulen ausbauen sowie die Be-

treuung während der schulfreien Zeit verbessern. Die Bundeshilfe ist wie die seit 2003 laufende Krippenförderung als Anschlag gedacht. Kantone können von den Geldern profitieren, wenn sie sich selber beteiligen. Zudem leistet der Bund nur zeitlich befristete Beiträge.

Wie der Bundesrat verwies auch Ständeräte von CVP und SP darauf, dass die höhere Erwerbsbeteiligung qualifizierter Frauen ein besseres Kinderbetreuungsangebot erfordere. Mit dem seit 2003 laufenden Bundesprogramm seien 50 000 Plätze für Kinder geschaffen worden, sagte Anne Seydoux (CVP). Jedoch sei in anderen Ländern die staatliche Beteiligung viel grösser als in der Schweiz. Die Kosten der Kinderbetreuung seien darum in der Schweiz oft prohibitiv, ergänzte Paul Rechsteiner (SP).

FDP-Vertreter erachteten höhere Steuerabzüge für die Eltern als wirksamer und verwiesen auf eine zweite Vorlage, die der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat. Demnach sollen künftig bei der direkten Bundessteuer pro Kind 25 000 Franken abgezogen werden können, auf Kantonebene mindestens 10 000 Franken. Hannes Germann (SVP) kritisierte, dass die seit 2003 laufende Anschlagfinanzierung zur Dauerförderung des Bundes verkommen sei. Für die neue Bundeshilfe gebe es keine Verfassungsgrundlage. «Es ist genug angeschoben», sagte Germann.

Der Ständerat trat jedoch mit 24 zu 19 Stimmen auf die Vorlage ein. Diese muss nun von der vorberatenden Kommission im Detail diskutiert und vom Ständerat nochmals beraten werden. Danach geht die Vorlage an den Nationalrat, wo sie angesichts der Mehrheit von FDP und SVP einen schweren Stand haben dürfte.